

Baden-Baden setzt nicht mehr auf 37

Hauptausschuss will gescheiterte Klimaschutzkampagne nicht mehr weiterführen

Von Harald Holzmann

Baden-Baden – Die Stadtverwaltung muss sich eine neue Klimaschutzkampagne einfällen lassen. „Baden-Baden setzt auf 37“ ist passé. Der Hauptausschuss des Gemeinderats hat sich in seiner Sitzung am Montagabend dem Vorschlag der Stadtverwaltung widersetzt, die Kampagne noch zwei Jahre fortzuführen.

Wie wir berichteten, hatte der Baden-Badener Gemeinderat das Vorhaben, an der Kampagne festzuhalten, schon

im November 2017 bei den Beratungen über den Doppelhaushalt 2018/19 skeptisch gesehen. Deshalb sind die dafür in den Jahren 2018 und 2019 vorgesehenen Mittel in Höhe von insgesamt 70 000 Euro mit einem Sperrvermerk im Haushalt versehen worden.

Seither hat die Stadtverwaltung zweimal versucht, die Stadträte zum Aufheben des Sperrvermerks zu bewegen – zuletzt am Montag im Hauptausschuss. Doch SPD, Grüne und FDP stimmten dagegen, die Mittel für die Fortführung der Kampagne freizugeben.

Kein Wunder: Das 2013 zum

Startschuss der Kampagne ausgegebene Ziel, in der Kurstadt bis ins Jahr 2020 37 Prozent des Energieverbrauchs von 2010 einzusparen, kann nicht mehr erreicht werden. Das ist schon seit einiger Zeit klar. Trotzdem wollte die Stadtverwaltung die Kampagne fortführen. Für 2018 war unter anderem geplant, den Internetauftritt der Kampagne zu pflegen. Für Privathaushalte sollte es eine Energiesparfibel mit insgesamt 37 Energiespartipps geben. Organisieren wollte die Verwaltung auch einen Energietag in der Baden-Badener Innenstadt – unter anderem

zum Thema Elektromobilität. „Ich bin verwundert“, sagte SPD-Fraktionschef Kurt Hochstuhl. Der Gemeinderat habe den Sperrvermerk nicht umsonst gemacht. Zentrale Fragen der Stadträte seien von der Verwaltung nicht beantwortet worden. Es ist nur „ein Aufguss der alten Maßnahmen“, pflichtete Grünen-Stadträtin Ursula Opitz ihrem Kollegen bei. Die von der Verwaltung geplante Broschüre sei „rausgeschmissenes Geld“ und überzeuge nicht. Fraktionschefin Beate Böhlen von den Grünen sagte, sie vermisse „klare und gute Handlungsoptionen“.

Es sei nicht einsichtig, warum man die Kampagne weiterführen wolle, wo doch das dabei ausgegebene Ziel gar nicht mehr erreichbar sei.

Bürgermeister Alexander Uhlig und Oberbürgermeisterin Margret Mergen appellierten an die Stadträte, dem Vorhaben der Verwaltung zuzustimmen. „Das haben wir doch alles lang und breit diskutiert“, meinte Uhlig. Und die OB führte an, was die Verwaltung alles für den Klimaschutz tue. Erst 2020 wolle man eine neue Kampagne starten, sagte sie. Doch das überzeugte das Gremium nicht. Lediglich

CDU und Freie Wähler stimmten für den Verwaltungsvorschlag, ohne sich jedoch über diesen zu äußern. Grüne, SPD und FDP stimmten dagegen, der Vertreter der Freien Bürger im Ausschuss enthielt sich der Stimme. Mergen, die selbst mitstimmte, zählte am Ende sechs Ja- und sechs Neinstimmen. „Damit ist der Antrag abgelehnt“, hieß es daraufhin von der Verwaltung.

Man werde sich jetzt auf die Suche nach neuen Ideen für eine Klimaschutzinitiative begeben, sagte Mergen. „Wenn Sie Ideen haben, gerne“, meinte sie an die Stadträte gewandt.